

ENERGIEWENDE

Habecks Balanceakt

Der Minister zeigt Verständnis für die Sorgen der Wirtschaft, macht beim Klimaschutz aber weiter Druck.

Der Einstieg in die Bundespolitik war für Robert Habeck (Grüne) kein üblicher. Normalerweise starten neue Bundestagsabgeordnete als Hinterbänkler, die erste Rede im Parlament ist eine Art Feuertaufe, bei der sie zum ersten Mal in Erscheinung treten. Bei Habeck war das anders. Der Wirtschafts- und Klimaschutzminister hatte schon ein Team für seine ehrgeizigen Ziele um sich herum aufgebaut und die Vorbereitungen für ein Paket an Gesetzmaßnahmen gestartet, ehe er am Donnerstag zum ersten Mal das Wort am Rednerpult als Bundestagsabgeordneter ergriff.

Und gleich wurde er grundsätzlich. Habeck erklärte seinen Plan für die nächsten vier Jahre und machte deutlich, dass dies nicht bloß eine Zeit zum Verkünden von frohen Botschaften sein wird. Es brauche erheblich mehr Tempo beim Klimaschutz. Der Noch-Parteichef der Grünen machte aber deutlich: Trotz der ehrgeizigen Pläne will er der Wirtschaft die Hand reichen.

Aus einer konsequenten Klimaschutzpolitik könne ein Aufschwung für Industrie, Mittelstand und Handwerk erwachsen, sagte er. Allerdings könne nicht eine Partei oder eine Regierung allein Erfolg erzielen. Habeck will vielmehr alle Akteure für sein Projekt gewinnen: "Wir müssen kooperativ arbeiten."

Von der Opposition erntete er harsche Kritik. "Wo Wirtschaftsminister draufsteht, muss auch Wirtschaftsminister drin sein", sagte Julia Klöckner, wirtschaftspolitische Sprecherin der Union. "Grüne Planwirtschaft" werde nicht funktionieren.

Rückendeckung von der deutschen Wirtschaft

Doch ausgerechnet die Spitzenverbände der Wirtschaft kann Habeck erst einmal an seiner Seite wissen. "Der politische Handlungsdruck zum Erreichen der Klimaneutralität 2045 bei gleichzeitigem Erhalt einer wettbewerbsfähigen Industrie ist gewaltig", sagte Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). Habecks Bestandsaufnahme decke sich mit der Sicht der Industrie. "Die Unternehmen drücken beim Klimaschutz aufs Tempo", sagte Peter Adrian, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). Doch während die Wirtschaft Habeck in seinen Zielen wie dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren **Energien** oder dem Stopp der **Energiepreisexplosion** unterstützt, ist der Weg dorthin umstritten.

Das gilt zuvorderst für die **Energiekosten**. Seit Monaten hält die Rallye bei fossilen Brennstoffen an, in der Folge haben auch die Strompreise noch weiter angezogen. Einigkeit herrscht dabei, dass die hohen **Energiepreise** auch durch die Abschaffung der Umlage nach dem **Erneuerbare-Energien**-Gesetz (EEG) gedämpft werden müssten.

Angesichts der steigenden Preise müsse Deutschland zudem aus Sicht von Habeck unabhängiger von Rohstoffimporten werden. Dafür müssten die erneuerbaren **Energien** aus Wind und Sonne deutlich schneller ausgebaut werden. Habeck sprach von einem weltweiten "Hunger" nach den fossilen **Energien** Gas, Öl und Kohle. Das treibe die Preise nach oben.

Auch die FDP stützt das. "Die anhaltend hohen Strompreise zeigen: Es ist richtig, uns unabhängig zu machen von Zulieferungen fossiler **Energie** aus dem Ausland", sagte Michael Kruse, **energiepolitischer** Sprecher der FDP. Das muss das langfristige Ziel sein, so sieht es auch die Wirtschaft. Das jedoch sei die Zukunft, so BDI-Präsident Russwurm. In der Gegenwart sei das keine Hilfe. "Deutschland ist und bleibt ein Importland für **Energie**", sagte er.

Klimapolitik sei nur international erfolgreich. Russwurm forderte daher die Bundesregierung auf, sich bei der vor wenigen Tagen gestarteten deutschen G7-Präsidentschaft für mehr internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel einzusetzen, etwa durch die Gründung von Klimacubs.

Zu 80 Prozent aus Erneuerbaren will Habeck den Stromverbrauch bis 2030 decken. Es steht die Frage im Raum, wie das gelingen kann und wie der Weg dorthin aussehen muss. Die Auseinandersetzung dreht sich dabei vor allem um den **Energieträger** Gas.

Der Zwist bricht sich derzeit in der Diskussion um die EU-Taxonomie Bahn: Die EU-Kommission will Gaskraftwerke unter bestimmten Voraussetzungen als nachhaltig einstufen. Habeck hält davon nichts, weil aktuell vor allem fossiles Erdgas für jene Kraftwerke genutzt wird.

Russwurm sieht das anders. Wenn man am Atomstieg festhalten wolle, brauche es einen massiven Ausbau der Gaskraftwerke. "Es ist daher richtig, dass die EU-Kommission Gas in der Taxonomie anerkennen will", sagte er. "De facto ist

es eine Versicherungsprämie. Jedes Gaskraftwerk ist eine Versicherung dagegen, dass die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht." Inwieweit es die Gaskraftwerke brauchen wird, wird erheblich von Habecks geplanter Beschleunigung bei den erneuerbaren **Energien** abhängen.

Derzeit betrage die durchschnittliche Genehmigungsdauer für Windkraftanlagen sechs bis acht Jahre. " So geht die Rechnung nicht auf", sagte der Grünen-Politiker. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssten daher beschleunigt werden.

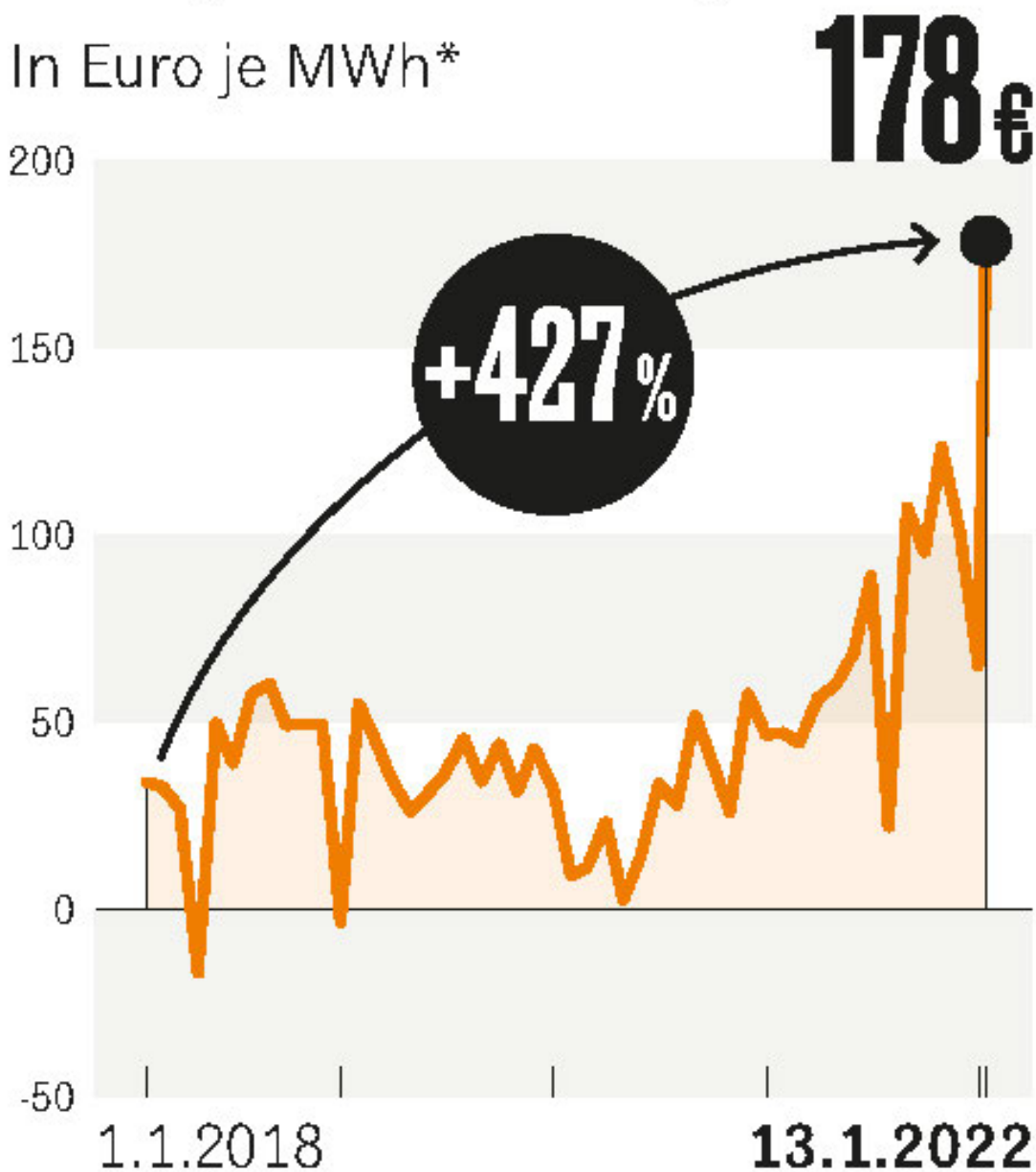
Auf seine Seite gebracht hat Habeck die Wirtschaft vor allem mit dem Plan, rasch die Voraussetzungen für die Bereitstellung von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference, kurz CCfD) als "zentrales Instrument zur Unterstützung der Transformation der Industrie" zu schaffen.

Dabei verpflichtet sich die öffentliche Hand gegenüber Unternehmen, bei Investitionen in neue, klimaneutrale Verfahren die Mehrkosten gegenüber Investitionen in konventionelle Technik und die Mehrkosten des laufenden Betriebs zu übernehmen.

Die Umsetzung müsse "unverzüglich" erfolgen, sagte Russwurm. " Für Grundstoffindustrie etwa gibt es gar keine andere Chance, um international wettbewerbsfähig zu bleiben."

Strompreisentwicklung

In Euro je MWh*



*Monatswerte; Phelix Baseload (Grundlast)

Day-Ahead Handel an der EEX

HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

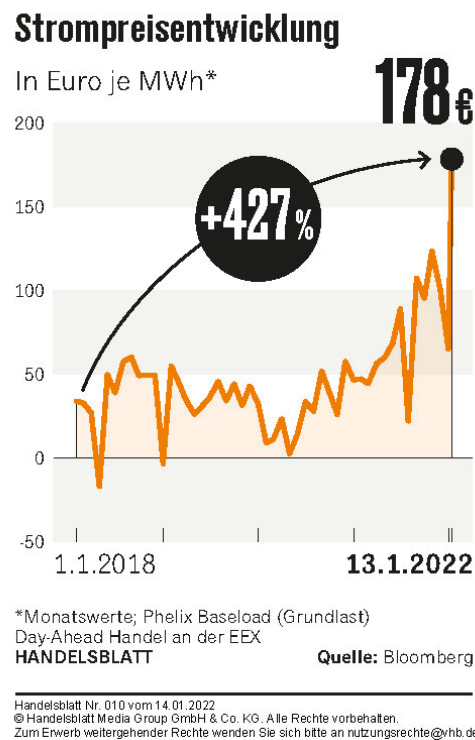
Handelsblatt Nr. 010 vom 14.01.2022

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Energiebranche: Strom - Preisentwicklung in Euro je MWh und Veränderung in Prozent 01.01.2018 bis 13.01.2022
(MAR / Grafik)

Olk, Julian
Stratmann, Klaus



Quelle:	Handelsblatt print: Heft 10/2022 vom 14.01.2022, S. 9
Ressort:	Politik
Branche:	ENE-01 Alternative Energie ENE-16 Strom
Dokumentnummer:	1EE2A5E2-333A-4EC4-87F2-98ECBB21B394

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_1EE2A5E2-333A-4EC4-87F2-98ECBB21B394%7CHBPM_1EE2A5E2-333A-4EC4-87F2-

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH